

Die FMPP sagt Nein zu Versicherungs- spionen und unterstützt das Referendum gegen das Gesetz zur Überwachung von Versicherten!

Überwachung macht krank!

Eine willkürliche Überwachung stört jede Behandlung!

Eine Überwachung ist für Kranke und insbesondere für Menschen mit psychischen Erkrankungen eine grosse und zusätzliche Belastung. Observationen machen paranoid und beeinflussen den Heilungsprozess negativ.

Wir dürfen Patienten nicht den Versicherern ausliefern!

Jeder hat ein Recht auf Privatsphäre, deshalb fordern die Schweizer Erwachsenen- sowie die Kinder- und Jugendpsychiater, dass Privaträume nicht überwacht werden dürfen.

Unsicherheit und Angst nehmen zu!

Eine Observation kann künftig Jeden und Jede von uns treffen – bei jedem Krankheitsgrund und jeder Form der Krankschreibung. Eine mögliche Überwachung führt zu Angst und sozialem Rückzug. Gerade Menschen mit psychischen Erkrankungen brauchen Aktivität und soziale Kontakte.

Missbrauch bekämpfen – aber mit fairen Mitteln!

Kranke nicht schlechter behandeln als Straftäter!

Die Psychiatrieverbände sind gegen Missbrauch, sie fordern aber für eine Überwachung klare und transparente Kriterien statt Denunziantentum und Willkür der Versicherer. Überwachungen dürfen deshalb nur Polizei oder Justiz anordnen und nicht die Versicherungen. Die Expertinnen und Experten fordern explizit Dialog statt Observationen. Im Zentrum sollen die medizinischen Abklärungen und Beurteilungen stehen.

Sozialversicherungen und Sozialstaat nicht schwächen!

Sozialversicherungen sollen die Schwächsten der Gesellschaft schützen und ihnen nicht schaden!

Eine wichtige Grundlage unserer Gesellschaft ist die Solidarität. Die Gesetzesvorlage ist unverhältnismässig und stellt einen Angriff auf den Rechtsstaat dar. Während Steuerhinterzieher mit Samthandschuhen angefasst werden, werden Kranke vorverurteilt.

Wir leben in einem Rechtsstaat, nicht in einem Überwachungsstaat!

Die Vorlage tritt den Rechtsstaat mit Füßen und öffnet Tür und Tor für den Überwachungsstaat. Dies widerspricht dem Schweizer Verständnis von Demokratie.